

Jahresrückblick

Ein Jahr liegt hinter uns – ein Jahr mit weiteren »Mühen der Ebenen«, um die scheinbare Paradoxie, unter den Linken ein Unternehmer oder unter den Unternehmern ein Linker zu sein, in die wirkungsvolle Ausstrahlung eines weitsichtigen Wirtschaftens zu bringen. Oder um es mit Max Weber zu sagen: An dieser Stelle haben wir ein weiteres Jahr »dicke Bretter gebohrt«.

Im Osten existieren wir beinahe überall, im Westen haben wir im letzten Jahr Fortschritte gemacht wie nie zuvor. In Niedersachsen bin ich als Landesvorsitzender sehr stolz darauf, dass wir mit einem Wahlkampf, in dem weder im Veranstaltungsplan noch in der Programmatik die Aspekte kleiner Unternehmerinnen und Unternehmer und ihrer Unternehmen gefehlt haben, wir nicht nur mit 7,1 Prozent ein Sensationsergebnis in einem riesengroßen Flächenland erzielen konnten, sondern auch mit annähernd sieben Prozent der Selbstständigen Stimmen sehr deutlich gezeigt haben, dass handwerkliche und landwirtschaftliche Betriebe nicht dauerhaft abseits der linken Vorstellungswelt leben und existieren müssen. Auf der Agenda haben wir die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft »Linke Unternehmerinnen und Unternehmer«. Dabei sind wir

von dem Imperativ geleitet, den Ernst Bloch formuliert hat: »Kampflos, Genossen, habt Ihr das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen!«. Gerade in dieser Finanzkrise dürfte das große Kapital schon an reaktionären und autoritären Lösungen arbeiten, um Gewerkschaften und Linke zu schwächen und damit die Löhne auf ein Krisenniveau zu pressen und mit Krieg eine weitere gigantische Umverteilungsmaschine anzuwerfen. Deswegen müssen wir, neben der vernünftigen Forderung nach Verstaatlichung mit gleichzeitiger Gemeinnützigkeit, also gemeinwirtschaftlicher Option, an einem Konjunkturprogramm arbeiten. Dazu hat unser Genosse Frank Kuschel aus Thüringen hervorragende Zuarbeit geleistet. Er will vor allen Dingen die Kommunen stärken, um Spekulationsgeschäfte (z.B. Swap und Doppel Swap) zu verhindern und die Folgeschäden zu minimieren. Die Immobilienkredite sollen auf eine öffentliche Bank übertragen werden, Eigenheimbesitzer, die ihren Tilgungsplan nicht mehr halten können, sollten dabei nicht aus dem Milliardenprogramm der Bundesregierung ausgeschlossen bleiben. Hoch riskante Anlagemodelle der Kommunen müssen verhindert werden, gleichzeitig aber müssen Hilfsprogramme für betroffene Kommunen eingerichtet werden, damit auch Kommunen und Kreis Sparkassen wieder in die Lage versetzt werden, den kleinen Unternehmen frisches Geld zu

besorgen. Kommunale Anleihe- und Überbrückungsmodelle müssen besonders Kleinunternehmen schützen, die unverschuldet in das Insolvenzdomino hineingeraten sind. Das sind Vorstellungen, die wir als linke Unternehmerinnen und Unternehmer vertreten müssen, um klar zu machen, dass es linke, dass es demokratische Lösungen gibt, wenn demnächst in diesem Theater das Großkapital wie nach der Weltwirtschaftskrise 1929 rechte, autoritäre »Lösungen« aufführen möchte. Es wird sicherlich auch unseren Wahlkampf bestimmen. Dieser wird aber auch zu führen sein gegen eine EU, die rücksichtslosen Wettbewerb zu ihrem Evangelium erklärt hat. Wir sind die einzige Partei, die aus dem »Rüffert«-Urteil die nötigen Konsequenzen gezogen hat: Das Primärrecht der EU muss unbedingt völlig verändert werden, damit es nicht mehr möglich ist, gegen die öffentliche Hand, Tariflohn zahlende Bauunternehmen zu bevorzugen (wie das z.B. die niedersächsische Landesverfassung vorsieht), derart asoziale Urteile zu sprechen, wie das der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 3.4.2008 getan hat. Gleichzeitig werden vom EuGH das VW-Gesetz angegriffen und andere in Europa hart erkämpfte soziale Standards. Wir sind die einzige Partei, die mit den Grundsätzen unserer Verfassung und unseres Grundgesetzes gegen diesen EuGH, gegen das Primärrecht der EU und gegen die militaristische, auf weitere Militärmissionen gebaute EU mit ihren Battle Groups im Wahlkampf Stellung bezieht. Auch das trifft auf unseren Widerstand.

Im Mai 2009, kurz vor der Europawahl, werden wir dann öffentlichkeitswirksam einen europäischen Mittelstandskongress in Berlin durchführen und gleichzeitig die Wahlen und die Programmatik für unsere neu gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft »Linke Unternehmerinnen und Unternehmer« schaffen. In diesem Sinne wünsche ich Euch besinnliche Feiertage, tiefes Luftholen, um das Bestmögliche dafür zu tun, dass wir als Gesamtpartei gewinnen, aber auch dafür, dass wir als Unternehmerinnen und Unternehmer in der LINKEN öffentlich und in der Partei stärker und kompetenter wahrgenommen werden können.



Inhaltsübersicht

OWUS Dachverbandsvorstand	2–3	Das aktuelle Thema	6
Unternehmerfrühstück	4	Ratgeber Recht und Steuern	7
Bundestagsfraktion DIE LINKE.	5	Unternehmerprofil	8

*Dr. Diether Dehm,
OWUS-Dachverbandsvorsitzender*

OWUS-Dachverbandsvorstand trifft sich mit den SprecherInnen der LAG »LINKER UnternehmerInnen«

Erstmalig trafen die OWUS-Vorstandsmitglieder des Dachverbandes und die gewählten SprecherInnen der Landesverbände der linken UnternehmerInnen auf einer erweiterten Vorstandssitzung des OWUS am 14. November in Berlin zusammen. Gemeinsam wurde überlegt, wie in Perspektive die inhaltliche Zusammenarbeit gestaltet werden kann. Schwerpunkt der Arbeit im letzten halben Jahr bildete in den Ländern die Gründung der LAG »LIU«, deren Initiator und Akteur der OWUS ist. Die SprecherInnen der Landesarbeitsgemeinschaften und die OWUS-Landesvorsitzenden berichteten über ihre Tätigkeit. In acht Ländern erfolgte bereits die Bildung einer LAG »LIU«. Damit wurde die Grundlage für die Bildung einer Bundes-AG »LIU« gegeben. Am Anfang der Beratung stand die Diskussion über das vorliegende Steuerdokument der Partei der Linken. Einig war man sich, dass das Steuerkonzept in der derzeitigen Fassung generell nicht die grundlegenden Probleme linker UnternehmerInnen, der kleinen und Kleinstunternehmen berücksichtigt. Unser OWUS-Mitglied und Steuerberater, Gerd Beck, wurde gebeten, eine intensivere Wertung des Steuerkonzepts vorzunehmen. Sie liegt bereits vor und ist unter www.owus.de einzusehen.

Gründung der BAG LIU:

Beschlossen wurde, die Gründungsveranstaltung der BAG am 12.01.2009 in Kassel Wilhelmshausen durchzuführen.

Inhaltliche Diskussion

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Diskussion standen weiterhin die Vorbereitung der Landtags- und Bundestagswahlen sowie der Wahl zum Europäischen Parlament. Hier erfolgte ein reger Austausch über mögliche erfolgreiche Schwerpunktthemen. Sie werden in einem umfassenden Rentenansatz incl. der Bereiche Rentenprivatisierung und Auswirkungen der Agenda 2010, einem umfassenden Konjunkturprogramm zur Bekämpfung/Abschwächung der gegenwärtigen aus der Finanzkrise folgenden Wirtschaftskrise, deren voller Umfang erst im Frühjahr 2009 absehbar wird, gesehen. Als eine Schnittstelle für OWUS im Wahlkampf spielte das Thema: Kommunalisierung, Privatisierung/Europäisierung und öffentliche Ausschreibungen eine große Rolle. Auch müsse der Unterschied zwischen Unternehmern und Kapitalverwertungsgesellschaften deutlich herausge-

stellt werden. Weitere Themen wurden angeschnitten, wie die Einführung eines Mindestlohnes und wie sollen die flankierenden Maßnahmen für die kleinen und Kleinstunternehmen für eine bestimmte Übergangszeit aussehen.

Bildung eines Kompetenzforums

Es wird vorgeschlagen, ein »Kompetenzforum linke KMU« zu installieren, das die Aufgabe hat, in allererster Linie in einer Art Querschnittsfunktion Beschlüsse der Partei, auch der Fraktionen in den entsprechenden Parlamenten, aber auch der Gesetzesvorhaben von Bundes- und Landesregierungen daraufhin zu prüfen,

inwieweit diese geeignet sind, Interessen besonders der kleinen und Kleinstunternehmen zu nützen oder ihnen – beabsichtigt oder fahrlässig – zu schaden, bzw. vermeidbare Vermittlungsprobleme im KMU-Bereich auszuschließen. Die Skizze wird auf Seite 2/3 veröffentlicht.

Europäische Mittelstandskonferenz Mai 2009

Die Durchführung einer europäischen Mittelstandskonferenz in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) soll im Mai 2009 in Berlin stattfinden. Ziel der Konferenz ist es, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Bedeutung gerade von Klein- und Kleinunternehmen (im Sinne der EU-Definition) ebenso wie die negativen Folgen wirtschaftlicher Machtkonzentration zu unterstreichen und konkrete Möglichkeiten gegen die bestehenden Entwicklungen aufzuzeigen. Siehe Beitrag auf Seite 3.

*Renate Vehlow, Geschäftsführerin,
OWUS Berlin-Brandenburg e. V.*



»Kompetenzforum linke KMU (linke Wirtschaftsweise)«

Das wachsende Potenzial der LINKEN stärkt ihre Möglichkeiten zur differenzierten Arbeit in den verschiedenen Politikbereichen und auf allen politischen Ebenen.

Das Thema »Wirtschaft« ist aber bei vielen Mandatsträgerinnen und -trägern der Linken immer noch Stiefkind. Mitunter wird in der Wirtschaft sogar eine Art Feindbild gesehen. Spektakuläre Vorkommnisse gerade der jüngsten Zeit nähren dieses Vorurteil.

Es wird nicht oder nicht ausreichend differenziert zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften, zwischen selbsthaftenden Unternehmern und angestellten Konzernbürokraten, zwischen strategisch denkenden und auf kurzfristige Rendite orientierten Akteuren.

Der Eindruck, die Linke habe keine Wirt-

schaftskompetenz wird dadurch verstärkt, dass eher solche Themen ihre öffentliche Wahrnehmung dominieren wie Umverteilungs-, Bildungs-, Gesundheits-, Migrationspolitik, Feminismus usw.

Das Zustandekommen von Wertschöpfung, Innovations- und Technologiepolitik, Interessen der wirtschaftenden Akteure, besonders der KMU, und wie betriebswirtschaftlicher Eigennutz oder Gewinninteresse durch entsprechende staatliche Rahmensezung maximal zugunsten von Gemeinnutz gelenkt werden kann, spielen eine unterbelichtete Rolle.

In einigen Fragen ist es nötig, Gesetze und Beschlüsse schlicht zu ändern, um sie mehr gegen die politische Macht der großen Konzerne und »global players« zu wenden und ▶



weniger als Generalangriff auf alle Unternehmerinnen und Unternehmer missverständlich zu gestalten.

In anderen Entscheidungen wiederum ist es nötig, bestimmte Abfederungen vorzunehmen. Dies ist z.B. beim Mindestlohn der Fall, wo gewisse Übergangsfristen durchaus für Kleinstunternehmen nötig werden.

Es gibt aber auch Entscheidungen, die ganz besonders gefördert werden müssen, auch wenn sie nicht direkt im gewerkschaftlichen Fokus sind. Da das sogenannte Kleinbürgertum eine wesentlich höhere kulturelle Ausstrahlung in die Gesellschaft hat, als es selbst rein numerisch einen Teil ihrer darstellt, ist es deswegen nötig, diese Entscheidungen kompetent in der Sache vorzutragen, wenn thematisch ähnliche Positionen von der Partei von Gewerkschaftsseite bezogen werden. So sind alle kaufkraftstärkenden Maßnahmen – auch höhere Löhne und Stärkung des Sozialsystems bzw. anderer Infrastrukturen – immer auch mit der Begleitmusik von kleinen und mittleren Unternehmen zu versehen, die dies ebenfalls öffentlich unterstützen. Mit der Thematik Wirtschaft sind aktuell befasst:

- die Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag (mehrere Abgeordnete),
- die Fraktionen der Linken in den Landtagen
- die Arbeitsgemeinschaften der Partei
 - Wirtschaftspolitik und
 - Linke Unternehmer (in Gründung)
- die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Arbeitskreis Wirtschaftspolitik),
- der der LINKEN nahe stehende Unternehmerverband OWUS.

Es wird vorgeschlagen, ein »Kompetenzforum linke KMU« zu installieren, das von einem Beschluss des Parteivorstandes getragen wird und die Aufgabe hat, in allererster Linie in einer Art Querschnittsfunktion Beschlüsse der Partei, auch der Fraktionen in den entsprechenden Parlamenten, aber auch der Gesetzesvorhaben von Bundes- und Landesregierungen daraufhin zu prüfen, inwieweit diese geeignet sind, Interessen besonders der Kleinen und Kleinstunternehmen zu nützen oder ihnen – beabsichtigt oder fahrlässig – zu schaden, bzw. vermeidbare Vermittlungsprobleme im KMU-Bereich auszuschließen. Es wird vorgeschlagen, dass durch Genossen Dr. Dehm die verantwortlichen Leiter/Mitarbeiter der Parteigremien und

des OWUS eingeladen werden, um

- über die Zielstellung der gemeinsamen Arbeit zu diskutieren,
- den Sachstand (Themen der Arbeitsplanung, vorgesehene Gesetzesinitiativen, Beschlussvorlagen, eventl. geplante Veranstaltungen, Publikationen) festzustellen und zu analysieren,
- die Schwerpunkte für das Wahljahr 2009 zu bestimmen und die Zusammenarbeit bei den Hauptprojekten (Bundestagswahl, Europawahl, Europäische KMU-Konferenz) zu fixieren.

Im Ergebnis sollte dem Parteivorstand ein kurzes Papier vorgelegt werden, das die Vorgehensweise autorisiert. Unser Vorschlag ist, dass die Koordinierungsgruppe in längeren Abständen per mail oder direktem Gespräch kommuniziert und dann der Partei bzw. den Parlamentarierinnen und Parlamentariern eine entsprechende kompetente Beratung zuteil werden lässt und/oder presseöffentlich in zentralen Regierungsentscheidungen Gegenposition oder Vorschlagsrecht wahrnimmt. Das »Kompetenzforum linke KMU« soll auch in seiner Ansprache per Internet Unternehmerinnen und Unternehmer, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und andere einbeziehen, die nicht unbedingt der LINKEN angehören müssen, anzusprechen wären z.B.:

Dr. Norbert Blüm, Dr. Heiner Geissler, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Dr. Heiner Flasbek (Ex-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Dr. Herbert Ehrenberg (Ex-Bundessozialminister), Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Gretchen Binus, Dr. Edgar Most (ehem. Vorstand Deutsche Bank), Dr. Karl Döring (ehem. Vorstand Arcelor-Mittal Eisenhüttenstadt)

*Dr. Diether Dehm,
OWUS-Dachverbandsvorsitzender
Detlef Militz,
stellv. OWUS-Dachverbandsvorsitzender*

Erste Linke Europäische Mittelstandskonferenz im Mai 2009 in Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit OWUS e. V.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und OWUS e.V. wollen europäische Akzente für KMU setzen. Deshalb berufen sie am 2. Mai die erste europäische Mittelstandskonferenz zur Zukunft der KMU nach Berlin ein. UnternehmerInnen und deren Verbände aller Branchen treffen mit Wirtschaftswissenschaftlern, Sachverständigen und Gewerkschaftern zusammen.

Die Konferenz verfolgt dabei zwei wichtige Ziele: Zum einen geht es um das Knüpfen eines praxisnahes Netzwerks sozialverantwort-

licher, arbeitnehmerfreundlicher KMU. Es soll alternative, sozialistische Wirtschaftsweise als linke Antwort auf den neoliberalen Ungeist unserer Zeit fördern.

Zum anderen geht es darum, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Bedeutung gerade von Kleinst- und Kleinunternehmen im Sinne einer allgemein gültigen EU-Definition zu unterstreichen und am Beispiel fortschrittlicher Unternehmensformen konkrete Möglichkeiten linker Wirtschaftspolitik aufzuzeigen.

Ein Schwerpunkt ist daher das Zusammenführen der in der EU erfolgreich tätigen »fortschrittlichen« UnternehmerInnen und die Förderung des Erfahrungsaustausches über deren praxisbewährte Konzepte, die, im Gegensatz zum neoliberalen Mainstream, sozialverantwortlichem und arbeitnehmerfreundlichem Handeln denselben Wert einräumen wie dem Streben nach angemessenem Unternehmerlohn und entsprechender Verzinsung des investierten Kapitals. Diese Unternehmensformen und -konzepte reichen von klassischen Genossenschaften und Kooperativen über die spanischen »SAL« und »SLL« als Rechtsformen für Arbeitnehmerschaften, die in Frankreich entstandenen Arbeitgeber-Beschäftigungszusammenschlüsse als linke Alternative zur Leih-

arbeit bis zu den sich selbst verpflichtenden Unternehmerinnen und Unternehmern beispielsweise des OWUS.

Zweiter Schwerpunkt vor allem mit Blick auf die Finanzkrise ist die Analyse alternativer struktur- und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, die der Förderung und Verankerung sozialen und verantwortungsvollen Unternehmertums dienen. Linke Grundlagen einer sozial verantwortlichen Wirtschaftspolitik sind Mindestlohn, die Allgemeingültigkeit von Tarifverträgen, die EU-einheitliche Mindestbesteuerung für Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Selbst neoliberale Ansätze wie der Small Business Act der Eu-

ropäischen Kommission bergen Potential für eine sozialistische, auf KMU orientierte Wirtschaftsweise. Zu nennen sind hier die Sicherstellung der rechtzeitigen Forderungsbegleichung und steuerliche Vorteile für arbeitsintensive, regional gebundene Handwerks- und Dienstleistungen von Klein- und Kleinstunternehmen. Übrigens: Wer sich immer noch fragt, weshalb solch eine europäische Konferenz dringender notwendig ist denn je? 98 Prozent aller Unternehmen in der EU sind kleine und mittelständische Unternehmen, so genannte KMU. Durch die unkontrollierten Akkumulationen des Großkapitals werden sie und ihre Beschäftigten systematisch vom Markt verdrängt.

Sie gelangen durch Kauf und Knebelverträge in immer größere Abhängigkeiten. Die regionale Bindung der Klein- und Kleinstunternehmen, ihre gesellschaftliche Bedeutung und soziale Verantwortung bleiben in beiden Fällen auf der Strecke. Sie werden, wie im Rahmen der neoliberalen Corporate Social Responsibility (CSR) »Kampagne«, nur zur Steigerung von Gewinn, Marktanteilen und Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Beschäftigten missbraucht. Das Fazit ist offensichtlich: Der staatsmonopolistische Kapitalismus und sein gegenwärtiges neoliberales Regime stehen in unauflöselichem Widerspruch sowohl zu den Lohnabhängigen als auch zu den Kleinunternehmen.

Unternehmerfrühstück mit Gregor Gysi

Für Gregor Gysi war das Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern am 31. Oktober im Schloss Biesdorf am östlichen Stadtrand Berlins ein Heimspiel. Fast auf den Tag genau vor 10 Jahren begründete er – damals Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Marzahn-Hellersdorf – diese Gesprächsreihe im Bezirk. Die LINKE hat unter Federführung von Petra Pau und der Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) gemeinsam mit OWUS Berlin-Brandenburg vor einigen Jahren die Tradition wieder aufgenommen und kompetente Gesprächspartner wie den Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf, die Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer und jetzt aus gegebenem Anlass den Fraktionsvorsitzenden der LINKE im Bundestag Gregor Gysi zum »Unternehmerfrühstück mit Schmalzstullen und sauren Gurken« eingeladen. Wie zu erwarten, drehte sich anfangs alles um die aktuelle Finanzkrise und die Folgen vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen, für die bekanntlich die Gefahren am größten sind. Beeindruckend dabei – so Gregor Gysi – mit welcher Ahnungslosigkeit Banken, Manager, aber auch die Politiker der großen Koalition mit dieser größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren umge-

hen. Auf die Frage von Petra Pau, was denn nun Unternehmerinnen und Unternehmer von der LINKEN erwarten können, nannte der Gast eine Vielzahl konkreter Aktivitäten, zu denen die LINKE bereits Anträge im Bundestag eingebracht hat – zum Beispiel gegen die Zahlungspflicht der Umsatzsteuer vor Eingang der Rechnung, für höhere Abschreibungssätze (im ersten Jahr 50%) angesichts des rasanten moralischen Verschleißes von Anlagen und Geräten, für Reduzierung der Mehrwertsteuer bei Handwerkerleistungen – auch mit dem Ziel den Kühlschrank zu reparieren, statt einen neuen zu kaufen. Bei den Themen Schwarzarbeit und Mindestlohn informierte Gregor Gysi über die Vorschläge der LINKEN, auch über Vor- und Nachteile verschiedener Lösungen und warb für konstruktives Mitdenken der Gesprächsteilnehmer. Dabei hat die Einführung des Mindestlohnes nicht nur eine wichtige soziale Funktion, sondern hilft auch, Vorbehalte der Menschen gegen die EU abzubauen. Beeindruckend an der anschließenden Diskussion war, dass die Unternehmer weniger die eigenen Belange ansprachen, sondern gesellschaftliche Probleme wie die notwendige Erhöhung der inländischen Binnenkaufkraft und den Bil-



dungsnotstand in diesem Land thematisierten. Für Gregor Gysi Gelegenheit, den Vorschlag der LINKEN für ein wirksames Konjunkturprogramm, Änderung des Steuersystems aber auch für Beteiligungsmodelle der Beschäftigten an großen Unternehmen vorzustellen. Die Kritik am bundesdeutschen Bildungssystem (Bildung als Ländersache, dreigliedriges Schulsystem, schlechte KITAS) mündete in einem schönen Bild: Gerhard Schröder wuchs unter sehr armen Verhältnissen auf und wurde in der alten Bundesrepublik Rechtsanwalt, der Schulfreund von Gregor Gysi kam aus einer kinderreichen Familie mit nur drei Büchern und wurde in der DDR Oberarzt. Beim heutigen Bildungssystem der Bundesrepublik könnte Gerhard Schröder nicht Anwalt (und Bundeskanzler) und der Schulfreund nicht Oberarzt werden. Und dass die Gemeinschaftsschule eine gute Sache ist und nicht zur Uniformierung der Schüler führt, sieht man daran, dass Angela Merkel und Gregor Gysi beide etwas Vernünftiges geworden und dabei doch recht unterschiedlich geraten sind. Zum Schluss – herzlicher Beifall der rund 80 Unternehmerinnen und Unternehmer und die Zusage, dass nicht weitere zehn Jahre bis zum nächsten Frühstück mit Gregor Gysi vergehen werden. Das nächste Unternehmerfrühstück findet am 6. März mit Helmuth Markov, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) zur Europapolitik der LINKEN statt.

Erika Maier, Sprecherin des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS Marzahn-Hellersdorf



Kleine Kfz-Händler und Werkstätten unter Druck

Bundesregierung schreckt vor Automobilkonzernen zurück



Die Automobilbranche ist in der Krise. Opel, Ford, Porsche – die großen Automobilhersteller stehen im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Weitgehend unbeachtet bleiben die Probleme tausender

mittelständischer Zulieferer und vieler kleiner Kfz-Händler und Werkstätten. Dabei sind es gerade diese Unternehmen, die besonders unter der Wirtschaftskrise leiden. Große Unternehmen versuchen, die Risiken nach unten weiter zureichen. Die kleinen und mittleren Unternehmen haben diese Möglichkeit nicht. Ihnen droht das wirtschaftliche Aus.

Neben der Wirtschaftskrise erreichen die Kfz-Händler und Werkstätten nun schlechte Nachrichten aus Brüssel. Bestehende Schutzvorschriften drohen, dem Glauben an den freien Markt geopfert zu werden. Ein Instrument zum Schutz von Kfz-Betrieben ist die so genannte Gruppenfreistellungsverordnung (GVO). Die Kfz-GVO schützt Werkstätten und Händler gegenüber den Automobilherstellern. Denn sie regelt Mindestkündigungsfristen für den Automobilhersteller gegenüber dem Vertriebspartner. Und sie fördert einen Mehrmarkenvertrieb, um eine einseitige Abhängigkeit der Händler von einem Hersteller zu verhindern. Diese Regelungen sind wichtig, um das Machtgefälle zwischen den großen Autokonzernen und den



kleinen Betrieben einigermaßen auszubalancieren. Doch geht es nach den derzeitigen Plänen der EU-Kommission, läuft die Kfz-GVO zum Jahr 2010 aus. Die Bundesregierung hat sich bisher nicht eindeutig für den Fortbestand der Regelung ausgesprochen. Läuft die Kfz-GVO ersatzlos aus, stehen zahlreiche Betriebe vor der Pleite, weil sie nicht mal mehr einen Mindestschutz genießen und die Hersteller den Markt zu ihren Gunsten gestalten und bereinigen können. Das Nachsehen haben aber neben den kleinen Betrieben auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Denen wird die freie Entscheidung für eine Kfz-Werkstatt genommen. Und sie haben mit steigenden Preisen zu rechnen. Aus meiner Sicht ist es ein erschreckendes Signal der Politik in Brüssel und

Berlin, wenn keine Lehre aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen wird. Statt regulierend einzugreifen, droht die Streichung bestehender Regelungen. Wieder wird der freie Markt gepredigt. DIE LINKE ist sich als Partei ihrer Verantwortung bewusst. Wir wissen: Wir werden nicht gewählt, um tatenlos zuzuschauen, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher und mittelständische Unternehmen bedroht sind. Wie werden gewählt, um genau das zu verhindern, in dem wir Politik gestalten. Das sollten auch die Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung und in Brüssel endlich begreifen.

*Sabine Zimmermann,
Mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE. im Deutschen Bundestag*

Praktische Linke Kommunalpolitik



Nachdem sich aus dem »OWUS Brandenburg« heraus die »AG Linke Unternehmer Brandenburg« innerhalb der Partei DIE LINKE gegründet hat, wurde schnell eine geschlossene Diskus-

sionsgruppe der Mitglieder der AG im Internet gegründet, um sich über unterschiedliche Themen linker Unternehmen auszutauschen. Ich habe dabei die Diskussionsgruppe »parlamentarische Arbeit linker Unternehmer« initiiert, nachdem ich im Kreistag Ostprignitz-Ruppin zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Bau und Vergabe gewählt wurde. Diese

Diskussionsgruppe soll sich darüber austauschen, was wir konkret in den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen als erkennbare linke Wirtschaftspolitik leisten können und beispielsweise Initiativen, Anträge, Beschlussvorlagen u.ä. austauschen. Es muss nicht in jedem Parlament immer alles neu erfunden werden.

So wurde beispielsweise von Andrea Johlige aus dem Kreistag Havelland die Idee der Schaffung eines Programms der Nachfolgesuche für Unternehmen eingebracht, welches ohne großen finanziellen Aufwand auch in anderen Regionen umsetzbar ist. Günter Flügel brachte die Idee aus Potsdam ein, wie man vor Ort mehr Forschung und Entwicklung ansiedelt. Ich habe bereits in Ostprignitz-Ruppin angestoßen, dass von der Verwaltung geprüft wird,

ob und wie im kreiseigenen Oberstufenzentrum die Führerscheinausbildung zum regulären Bestandteil einer jeden beruflichen Ausbildung des Oberstufenzentrums gemacht werden kann und damit die Jugendlichen flexibler auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden.

Die genannten Ideen sind ein Anfang und müssen weiter konkretisiert werden. Ich denke durch praktische Politik vor Ort zum Anfassen im Sinne der Bürger können wir unserer linken Politik auch in Wirtschaftsfragen zu größerem Ansehen verhelfen und viel für die Bürger bewegen. Dies führt wiederum zu mehr Steuereinnahmen, welche wir dringend für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen benötigen.

*Gerd Klier, Neuruppin Fachanwalt
für Arbeits- und Sozialrecht*

Der drohenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise jetzt begegnen!

Folgen der Finanzkrise auf die Wirtschaft, die Kommunen und Gesellschaft sind absehbar. CDU und SPD aber auch Grüne und FDP sehen hier gegenwärtig keinen akuten Handlungsbedarf. Vielmehr wollen diese Parteien zunächst die Wirkung des so genannten Finanzmarktstabilisierungspaketes abwarten. Diese Abwartungshaltung ist mehr als verantwortungslos. Gegenwärtig geht es nicht ausschließlich um die Rettung der Banken, sondern vielmehr um die Bürger und deren Lebensperspektive.

DIE LINKE darf nicht in der Feststellung verharren, dass der Finanzkapitalismus gescheitert ist und wir das schon immer prognostiziert haben. Vielmehr ist die LINKE gefordert, Vorschläge zur Umgestaltung und Weiterentwicklung der Gesellschaft zur Diskussion zu stellen. Dabei muss sofort gehandelt werden, weil die Folgen der Finanzkrise bereits die Wirtschaft, die Kommunen und die Gesellschaft erreicht haben. Bereits jetzt über wirksame Gegenmaßnahmen zu diskutieren, ist eine Chance für die LINKE, ihre Gestaltungskompetenz zu beweisen.

Eine Vielzahl kleiner und mittelständiger Unternehmen (KMU) steht vor der Herausforderung, langfristige Investitionskredite nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist umzuschulden. Hier fordern die Banken größere Sicherheiten als bisher. Dies können die betroffenen Unternehmen oftmals nicht leisten, obwohl die betriebswirtschaftliche Situation als stabil zu bewerten ist. Deshalb muss die LINKE fordern, dass der Bund und/oder das Land hier die von den Banken geforderten höheren Sicherheiten der Investitionskredite für die Unternehmen absichern. Wenn der Staat für den Bankensektor Bürgschaften von 400 Mrd. EUR übernimmt, ist es keine überzogene Forderung, für den Bereich der KMU ein vergleichsweise niedrigeres Bürgschaftsengagement des Staates zu erwarten.

Hierzu muss das Land dafür sorgen, dass aus dem Bürgschaftsrahmen des Bundes für den Finanzsektor ein Fonds für notleidende Thüringer Unternehmen und Bürger gebildet wird.

Die Unternehmen müssen zudem für kurz-

fristige Umlaufkredite höhere Zinsen aufbringen. Dies bringt einige Unternehmen auf Grund der Kostenstruktur und der Gewinnsituation in Existenzprobleme. Wenn selbst Unternehmerverbände (z.B. Dr. Michael Militzer, Thüringer Verband der Automobilzulieferindustrie – automotive thüringen e.V.) hier ein Zinshilfeprogramm für Unternehmen fordert, sollte die LINKE nicht hinter dieser Forderung zurückbleiben. Für die LINKE ist klar, ein solches Zinshilfeprogramm muss kommen. Hier steht die Landesregierung in der Verantwortung.

Sollte sich herausstellen, dass in der Folge der Finanzkrise Eigenheimbesitzer in die Lage kommen, ihre Kreditverbindlichkeiten nicht mehr bedienen können, muss ein Hilfsprogramm die »kalte« Enteignung verhindern. Hier wäre es denkbar, die Immobilienkredite auf eine öffentliche Bank zu übertragen, die anschließend mit den Eigenheimbesitzern einen Tilgungsplan erstellen, der die Leistungsfähigkeit der Schuldner berücksichtigt.

Die Folgen der Finanzkrise sind auch schon bei den Thüringer Kommunen angekommen.

Im Rahmen des Schuldenmanagement haben Thüringer Kommunen Derivatgeschäfte (Swap und Doppel-Swap) abgeschlossen. Diese Spekulationsgeschäfte auf ein künftiges Zinsniveau verursachen jetzt Verluste, weil die Zinsen für kurzfristige Kredite stark gestiegen sind. Hier muss umgehend geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen diese Geschäfte aufgelöst werden können, um so den Schaden zu minimieren.

Geprüft werden sollten auch alle Geldanlagemodelle der Kommunen. Hoch riskante Anlagemodelle sollten ebenfalls kurzfristig beendet werden, selbst wenn hier Renditeerwartungen sinken.

Ebenso wie Unternehmen haben auch Kommunen höhere Zinszahlungen für Kassenkredite aufzubringen. Hier wäre ein Zinshilfeprogramm für betroffene Kommune diskussionswürdig.

Die Regierungsparteien lehnen derzeit noch ein Konjunkturprogramm ab. Ein Konjunkturprogramm ist aber unbestritten eine wirksame

Maßnahme gegen die drohende Wirtschafts- und Gesellschaftskrise. In dieser Hinsicht nur auf den Bund zu verweisen, reicht nicht aus. Auch das Land und die Kommunen müssen handeln. Das Land müsste dabei geplante Investitionen vorziehen. Gleiches gilt für die Kommunen. Jedoch sind die Thüringer Kommunen finanziell nicht in der Lage, mehr zu investieren. Deshalb muss die LINKE die Wiedereinführung der kommunalen Investitionszuschüsse fordern. Sie würde das Land 90 Millionen EUR kosten (rund 1 Prozent des Landeshaushaltes). Damit wären die Kommunen in der Lage, rund 300 Millionen EUR kurzfristig zu investieren. Dies wären rund 50 Prozent des bisherigen jährlichen Investitionsvolumens der Thüringer Kommunen.

Zudem wäre es notwendig, den Kommunen eine kurzfristige Kreditaufnahme für so genannte rentierliche Investitionen zu ermöglichen. Rentierliche Investitionen sind Investitionen, in deren Folge Bewirtschaftungskosten gesenkt werden und sich so die Investition im Wesentlichen aus Einsparungen bei den Betriebskosten refinanzieren. Da die Kommunalkredite durch das Land zu genehmigen sind, müsste hier die Kommunalverfassung geändert werden.

Diskutiert werden sollte auch ein kommunales Anleihemodell, was es bekannter Maßen bereits auf Bundes- und Landesebene gibt. Dadurch könnten Kommunen sehr schnell zusätzliche Finanzmittel für Investitionen bekommen und die Bürger eine sichere Geldanlage erhalten. Die Abhängigkeit der Kommunen und Bürger vom Finanzsektor würde sich reduzieren. Ein gleiches Modell wäre auch für kommunale Unternehmen, Stadtwerke und Wohnungsgesellschaften denkbar. Eine Vielzahl von Wohnungsgenossenschaften haben bereits solche Anleiheprojekte (z.B. Inhaberschuldverschreibungen), so in Erfurt, Arnstadt und Nordhausen. Diese Unternehmen können zusätzliche Investitionen ohne Kreditaufnahme bei Banken realisieren. Die Aufträge gehen dabei im Regelfall an ortsansässige Unternehmen. Dadurch werden regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

Sehr notwendig wäre es, den Kommunen so genannte alternative Finanzierungsmodelle zu untersagen. Diese Modelle wie die »Öffentlich-Rechtlichen Partnerschaften – ÖPP«, sind mit unkalkulierbaren Risiken für die Kommunen verbunden. Gewinner solcher Modelle ist der private Finanzsektor.

Die LINKE sollte sehr schnell derartige Vorschläge der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Die Bürger warten auf solche Vorschläge.

*Frank Kuschel, MdL Thüringen,
OWUS-Mitglied*

Impressum

Herausgeber: OWUS Berlin-Brandenburg e. V.

Redaktion: Renate Vehlow, Prof. Dr. Irene Gebauer

Adresse der Redaktion: OWUS-Rundbrief

Weydinger Straße 14–16, 10178 Berlin

Tel.: (030) 24 00 95 63, Fax: (0 33 27) 73 20 90

www.owus.de

Herstellung: typegerecht berlin

Tel.: (030) 48 49 62 43, www.typegerecht.de

Krankenversicherung

Selbstständige erhalten ab 2009 kein Krankengeld mehr



Ab dem Januar 2009 erhalten Selbstständige, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichert sind, kein Krankengeld mehr.

Grund ist, dass das Krankengeld für

Selbstständige keine gesetzlich vorgeschriebene Leistung ist. Die Krankengeldzahlung läuft Ende 2008 aus, und die Kassen müssen

die Versicherten nicht informieren! Jedoch besteht für alle Selbstständigen die Möglichkeit, sich ab 2009 mit einer Zusatzpolice zu versichern. Der Nachteil eines Abschlusses einer Krankengeld-Versicherung besteht darin, daß sich die Versicherten für drei Jahre an die gesetzlich Krankenversicherung binden.

Eine Alternative stellt der Abschluss einer Zusatzversicherung bei einer privaten Krankenkasse dar. Hier sollten sich Interessenten rechtzeitig informieren und Angebote einholen, um sich zu möglichst günstigen Konditionen zu versichern.

Weitere Informationen sind beim Verband der privaten Krankenversicherung unter www.pkv.de oder bei der aktuellen gesetzlichen Kasse erhältlich.

Mit dieser Maßnahme wird die soziale Absicherung von KMU weiter ausgehöhlt und abgebaut. Sie ist besonders für ältere Gründer-Interessenten, die wegen schlechter Tarife nicht in die private KV ausweichen können, ein Argument gegen den Schritt in die Selbstständigkeit. Es sollte mit allen Möglichkeiten vom Gesetzgeber gefordert werden, das Krankengeld für Selbstständige zu einer gesetzlich vorgeschriebenen Leistung der GKV zu machen.

Gerd Beck, Steuerberater

Abfindung bei Kündigung

Häufig werden infolge der Kündigung des Arbeitsverhältnisses den Arbeitnehmern Abfindungen zugesprochen. Diese können sich aus unterschiedlichen Gründen ergeben.

Bereits der Arbeitsvertrag kann eine Abfindungsregelung enthalten. Häufig vereinbarten Betriebs- und Personalräte so genannte Sozialpläne mit den Arbeitgebern, aus welchen sich die Gründe und Höhe von Abfindungen bei betriebsbedingten Kündigungen ergeben.

Sofern der Arbeitgeber es in dem Kündigungsschreiben aufnimmt, dass die Kündigung

aus betriebsbedingten Gründen erfolgt und er eine Abfindung in Höhe eines halben Monatsgehaltes zahlt für den Fall, dass der Arbeitnehmer keine Kündigungsschutzklage erhebt, hat der Arbeitnehmer Anspruch auf diese Abfindung bei einem Klageverzicht.

Eine Abfindung kann sich auch ausnahmsweise aus dem Kündigungsschutzgesetz ergeben. Der häufigste Grund von Abfindungszahlungen ist jedoch der arbeitsgerichtliche Vergleich. Der Arbeitnehmer klagt gegen eine Kündigung und vergleicht sich vor dem Ar-

beitsgericht mit dem Arbeitgeber, dass das Arbeitsverhältnis gegen Zahlung einer Abfindung aufgelöst wird. Dies hat den Hintergrund, dass häufig der Ausgang des gerichtlichen Verfahrens ungewiss ist, das Verfahren sehr lange dauern kann und der Arbeitgeber ein hohes finanzielles Risiko bei der Fortführung des Verfahrens hat. Die Höhe der Abfindung ist eine Vereinbarungssache und hängt u.a. von den Risiken des Arbeitgebers ab, das Verfahren zu verlieren und den Arbeitnehmer weiter beschäftigen zu müssen.

Gerd Klier, Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht

OWUS gegen Kammerzwang? Zeit für eine Positionierung!

Wie selbstverständlich ist es dem linken Unternehmer aus Kassel, daß es für Linke, ob mit oder ohne Unternehmen, keine Frage ist, daß der Zwang zur Mitgliedschaft in den Kammern abgeschafft gehört. Besonders dann, wenn es sich um Industrie- und Handelskammern handelt, die mit ihrer Dachorganisation DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) putzmunter in der gesellschaftspolitischen Debatte mitmischen und dabei nicht selten als Partei agieren. An der Seite von sozialen Projekten, im Einsatz für soziale Gerechtigkeit, für Mindestlöhne und für Bildungsgerechtigkeit finden wir sie dabei nicht. Zu hinterfragen ist neben dem Argument, die Kammern leisteten wichtige Pflichtaufgabe vor allem der demokratische Standard des Kammer(un-)wesens.

In der Regel werden die Mitglieder der Vollversammlungen ohne jede inhaltliche Auseinandersetzung, Themendiskussionen in ihr Amt gewählt. Ob sich hinter den Namensnennungen Rechts- oder Linksradikale verbergen, Neolibe-

rale oder professionelle Bankrotteure, Vertreter einer nachfrage- oder angebotsorientierten Wirtschaftspolitik antreten, keiner weiß es, niemand will es wirklich wissen. Das hindert nach Wahlen aber auch niemand daran, sich zu allen möglichen Themen im Namen »der Wirtschaft« zu äußern. An solchen »Wahlen« in der Zwangskörperschaft beteiligt sich kaum jemand. Die Wahlbeteiligung schwankt zwischen 6 bis 13%. Hilfreich bei der Absicherung der Pfründe ist ein Wahlsystem, in dem Gruppen und Untergruppen gebildet werden. Das führt dazu, dass noch das katastrophalste Wahlergebnis zu schönen Erfolgen führt. Ludwig-Georg Braun, Präsident des DIHK hat bei der letzten Wahl in Kassel ganze 54 Stimmen bekommen. Auf diesem »demokratischen Fundament« ruht der Herr Präsident. Das offensichtliche Fehlen jeglicher Legitimation im Namen einer Gesamtwirtschaft zu sprechen tut dem Sendungsbewußtsein, das erfahren wir immer dann, wenn die Pressemaschinerie des DIHK ▶

Termine 2009

Gründung BAG »LINKER UnternehmerInnen«

Montag, den 12.01.09, 16.00 Uhr, Kurparkhotel, Wilhelmshöher Allee 336, 34131 Kassel

Unternehmertreff Potsdam

Donnerstag, 22.01.09, 19.00 Uhr, Gaststätte »Froschkasten«, Kiezstraße 4, Potsdam
Thema: »Betriebsrentengesetz – Vernünftige Lösungen in sozialer Verantwortung – Chancen und Risiken für Unternehmer und Angestellte.«
Referent: Gerhard Reichelt, Bundesverband Deutscher Vermögensberater

Unternehmertreff Berlin

Dienstag, 27.01.09, 19.00 Uhr, Hotel ABACUS, Franz-Mett-Str. 3–9, 10319 Berlin
Thema: Buchvorstellung »Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland«
Referent: Mitautor, Prof. Klaus Steinitz

Mitgliederversammlung OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

Freitag, 20.02.09, 16.00 Uhr, ND-Bürogebäude Franz-Mehring Platz 1, 10243 Berlin

oder der Kammern rollt, aber keinerlei Abbruch. Aber genau um dieses Sendungsbewußtsein muss es uns als linken UnternehmerInnen gehen, wenn wir uns mit dem Kammerzwang auseinandersetzen. Natürlich ärgert es auch, dass mit unserem Geld Kammerpaläste und Kammerbürokratie finanziert wird. Unerträglich ist aber die politische Hetze, die aus den Kammern mit unserem Geld und in unserem Namen betrieben wird. Denn genau dafür braucht es ja den Zwang. Unter dem Deckmantel der öffentlich-rechtlichen Institution, losgelöst von dem Image als Wirtschaftsverband, kommen die Kammern, fast altruis-

tisch sich für das große Ganze einsetzend, daher. Sie betreiben massiv eine sozialfeindliche, bildungspolitisch auf Elite setzende und in der Umweltpolitik auf Großindustrie bauende Propaganda. Die Lobbyarbeit ist vermutlich dort am erfolgreichsten, wo wir sie nicht wahrnehmen, in den Büros in Berlin, Brüssel, Genf, Hongkong Wer diese Propagandamaschine abschalten will, muss nur den Kammerzwang abschaffen. Alle anderen, teilweise wirklich wichtigen Pflichten, die die Kammern wahrnehmen, lassen sich problemlos weiterführen.

Kai Boeddinghaus

OWUS Landesvorsitzender Hessen

OWUS Unternehmer stellt sich vor

aroq marketing & translation service



Eine international tätige Unternehmensberatung mit Übersetzungsbüro stellt sich vor. Der Inhaber, Gunter Flügel realisiert seit 1986 IT Projekte. Zu seinen Auftraggebern zählten bspw.

die AEG, das Bundesministerium für Gesundheit und Soziales, die Hexal AG, die IG BAU, das Rechenzentrum der IHKn in Dortmund, die Schering AG oder der Zentraldienst Beschaffung der Polizei. Bis Ende 2007 war Gunter Flügel als solution manager eHealth im Business Center eHealth der T-Systems, Tochterunternehmen der Deutschen Telekom AG, tätig. Parallel dazu gründete er im Oktober 2006 sein

Unternehmen aroq marketing & translation service, welches er seit Anfang 2008 auf selbstständiger Basis führt.

Aroq steht für Akzeptanz, Realisierung, Organisation und Qualität. Dahinter steht die Überlegung, dass ein beliebiges Produkt X nur dann Erfolg haben wird, wenn es beim Kunden die nötige Akzeptanz findet und die Realisierung von Produktion und Vertrieb entsprechend organisiert in einer hohen Qualität erfolgt. Dieser Überlegung folgend unterstützt aroq kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Produkte und Dienstleistungen international im Ostseeraum vermarkten möchten. In der Vergangenheit konnten Aufträge für Unternehmen aus Finnland, Schweden, Dänemark, Polen und Deutschland realisiert werden. Weitere Informationen via www.aroq.eu.

Gunter Flügel

Wo ist **OWUS** in meiner Region zu erreichen?

OWUS Dachverband e.V.

Vorsitzender Dr. Diether Dehm, MdB
OWUS Berlin-Brandenburg e.V.
Landesvorsitzender Dr. Rolf Sukowski
Geschäftsführerin Renate Vehlow
 Weydinger Straße 14–16, 10178 Berlin
 (030) 24 00 95 63, (03327) 73 20 90
www.owus.de, kontakt@owus.de

OWUS Sachsen e.V.

Landesvorsitzender Reinhard Heinrich
 Lachenweg 27, 01640 Coswig
 (03523) 6 07 42, (03523) 70 09 40
owus@heinrich-coswig.de

Regionalverband Dresden

Geschäftsstelle: Ralf Krämer
 Florian-Geyer-Straße 15/02/02, 01237 Dresden
 (0351) 4 41 14 43, (0351) 4 41 15 59
assekuranz@ralfpeter-kraemer.de

Regionalverband Westsachsen

Geschäftsstelle: Thomas Schuffenhauer
 Robert-Siewert-Straße 30, 09122 Chemnitz
 (0371) 2 36 20 90, (0371) 2 36 20 90
schuffenhauer@raum-und-technik.de

OWUS Sachsen-Anhalt e.V.

Landesvorsitzende Iris Gottschalk
 Hallische Straße 4, 39104 Magdeburg
 (0391) 56 57 40, (0391) 5 65 74 16
stb.iris.gottschalk@datevnet.de

OWUS Thüringen e.V.

Landesvorsitzender Gerd Beck
 Am Stein 44, 99846 Seebach
 (03681) 39 95 21
GerdBeck-ZM@t-online.de

OWUS Bayern e.V.

Landesvorsitzende Kornelia Möller, MdB
 Nebelhornstraße 7, 80686 München
 (089) 54 24 40 76
karsten.nissen@gmx.de

OWUS Niedersachsen e.V.

Landesvorsitzender Joachim Sturm
 Salzpflanzerstr. 18, 31162 Bad Salzdetfurth
 (05063) 96 00 10
joachim.sturm@gmail.com

OWUS Hessen e.V.

Landesvorsitzender Kai Boeddinghaus
 Mecklenburgerstraße 7E, 34131 Kassel
 (0561) 77 79 86, (0561) 18 18 0
kai@boeddinghaus.org

Die Ansprechpartner für die Unternehmertreffs in den einzelnen Regionen oder Städten sind über die oben genannten Kontaktadressen und die Geschäftsstellen der Länder zu erfragen.

BÜRO ■ PROFI

P o t s d a m G m b H

Bürobedarf: Druckerzubehör, Spezialpapiere, Aktenvernichter, Diktiergeräte, Stempel

Der Lieferant für Büromaterialien!

Gutenbergstraße 32, 14467 Potsdam
 Tel.: 0331-293463, Fax: 0331-295983, <http://www.bueroprofi.de>, Bueroprofi-Potsdam@t-online.de

Links messen. Rechts abschneiden.

Gut ausgerüstet mit ND!

Mit uns ins Superwahljahr.
 Jetzt 2 Monate »Neues Deutschland« lesen für nur 25€ + gratis ND-Zollstock.

Jetzt gleich bestellen:
 Tel.: 030 23 78 – 18 00
www.neues-deutschland.de/abo

Druck von Links.